

Städteregion Aachen

Stand der Informationen: 01.10.2021

Parteienspektrum

In der Städteregion Aachen sind bzw. waren zeitweise vier Parteien der extremen Rechten aktiv: NPD, Pro NRW, Die Rechte (DR) und die Republikaner (REP). Bei den REP konnte besonders der Alsdorfer Ortsverband die Wähler/innen im Vorfeld der Landtagswahl 2010 mobilisieren – hier erzielte der Kandidat Andreas Weber 1,7 Prozent der Erststimmen. Ausgehend von dem in Stolberg ansässigen NPD-Kreisverband Aachen fanden öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Infostände, Minikundgebungen oder Flugblattverteilungen sowie regelmäßige Stammtische in wechselnden Stolberger Gaststätten statt.

Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen ist seit 2002 Willibert Kunkel, der wegen Körperverletzungsdelikten zweimal zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Kunkel wurde bei der Kommunalwahl 2009 wieder in den Stolberger Stadtrat gewählt. Die NPD kam hier auf 2,2 Prozent der Stimmen, was einen Verlust von 0,8 Prozent bedeutete. Bei der Kommunalwahl 2014 konnte Kunkel mit 1,52 Prozent der Stimmen zwar sein Ratsmandat halten, die NPD musste jedoch erneut Verluste hinnehmen. Als Bürgermeister-Kandidat holte Kunkel bei dieser Wahl 1,16 Prozent. Bei den Wahlen zum StädteRegionstag trat die NPD 2014 nicht an. Bei den Kommunalwahlen 2020 trat die NPD nicht mehr an.

Bei der Bundestagswahl 2013 erzielte die NPD ein Ergebnis von 1,33 Prozent der Erststimmen (Direktkandidat war Kunkel) und 1,05 Prozent der Zweitstimmen, was gegenüber 2009 ein leichtes Minus darstellt. Bei der Landtagswahl 2012 hatte die NPD in den beiden Wahlkreisen der Städteregion Aachen nur 0,68 bzw. 0,66 Prozent der Zweitstimmen verzeichnet. Bei der Europawahl 2014 verzeichnete die NPD auf dem Gebiet der StädteRegion lediglich 0,55 Prozent der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2017 sank sie in der gesamten StädteRegion auf 0,45 Prozent bei den Zweitstimmen ab, Monate später bei der Bundestagswahl 2017 holte die NPD nur noch 0,25 Prozent. Bei der Europawahl 2019 verzeichnete die NPD 0,16 Prozent, bei der Bundestagswahl 2021 0,11 Prozent.

Bei einem Disput zwischen der NPD in Düren und der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) auf der einen und dem NRW-Landesverband der NPD auf der anderen Seite drohte die KAL indirekt 2010 dem Landesvorsitzenden Claus Cremer und Kunkel Gewalt an. 2011 sollte Kunkel bei einer Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Aachen dann abgewählt werden, KAL-Mitglieder wollten danach den Vorstand dominieren. Der Landesvorstand annullierte die Wahl jedoch und setzte Kunkel wieder als Kreischef ein. Im Zuge des Streits kam es im Oktober 2011 zu Handgreiflichkeiten zwischen KAL-Leuten und Kunkel, zudem wurde Kunkels Haus, offensichtlich von ehemaligen „Kameraden“, mit Morddrohungen und einem Hakenkreuz beschmiert.

Seit Februar 2013 ist ein Kreisverband Aachen und Heinsberg der Splitterpartei Die Rechte (DR) aktiv. Laut NRW-Innenministerium ist die Splitterpartei ein „Auffangbecken für Mitglieder der [u.a. 2012] verbotenen Kameradschaften“ in NRW. Als erster DR-Kreischef fungierte der ehemalige Kader der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), André P., der zugleich die NRW-Landesliste zur Bundestagswahl 2013 der Kleinstpartei anführte. Die DR holte bei dieser Wahl in der StädteRegion 0,03 Prozent der Stimmen. Bei der Landtagswahl 2017 holte die DR in der gesamten StädteRegion erneut nur 0,03 Prozent, bei der Bundestagswahl im selben Jahr trat sie nicht an. Bei der Europawahl 2019 verzeichnete die DR dank 65 Wähler/innen 0,05 Prozent, die ähnlich neonazistisch agierende Splitterpartei Der III. Weg wählten 16 Menschen (0,01%).

Ein weiterer Re-Organisations-Coup aus Kreisen alter KAL-Leute und jetziger DR-Kader: Mitte 2014 verkündete man, dass eine der örtlichen DR untergeordnete Freizeit-, Schulungs- und Freundesgruppe namens „Syndikat 52“ gegründet worden sei – namentlich eine Kombination aus den Anfangsziffern der Postleitzahl für den Raum Aachen und einer Art von Verbrechersyndikat, immerhin waren KAL-Mitglieder in den Jahren vor dem Verbot wegen zahlreicher Straftaten aufgefallen.

„Syndikat 52“ verbreitete sogar, man habe eine Immobilie erwerben oder mieten wollen, um eine Art nationalistischen Frei(zeit)raum für eigene Aktivitäten aufzubauen. Bisherige „Syndikat 52“-Aktivitäten in der gesamten Region deckten sich teilweise mit alten KAL-Angeboten: Computerschulung, Konzerte (s.u.), Weihnachtsfeiern, gemeinsames Grillen und sportive Aktivitäten, etwa größere Rafting-Touren der Neonazis, Konzerte, sowie „Heldengedenken“ in der Tradition der KAL. Am 22. Juni 2019 hielten DR und S52 in Simmerath etwa eine konspirativ vorbereitete, ähnlichen Zusammenkünften in der Nazizeit gleichende Sommersonnenwend-Feier ab. Der Grillplatz des Eifelvereins wurde unter falschen Angaben angemietet.

Die Republikaner (REP) mussten sowohl in Stolberg als auch in Alsdorf, wo die Partei 2004 bei der Kommunalwahl das für ihre Verhältnisse sensationelle Ergebnis von 8,2 Prozent erzielte, bei den Kommunalwahlen 2009 herbe Schlappen einstecken. In Stolberg kam die Partei nicht über 0,1 Prozent hinaus, während sie in Alsdorf ihr Ergebnis beinahe halbierte und nur noch auf 4,5 Prozent kam. Dennoch saßen hier weiterhin zwei Republikaner im Stadtrat, und das Ergebnis von 4,5 Prozent stellte eines der höchsten Ergebnisse einer extrem rechten Partei im Regierungsbezirk Köln dar. Bei der Wahl zum Städteregionstag vereinten die REP 2009 1,2 Prozent der Stimmen auf sich.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielten die REP im Wahlkreis Aachen III 1,7 Prozent der Erststimmen und 1,0 Prozent der Zweitstimmen, im Wahlkreis Aachen IV hingegen nur 0,4 Prozent der Zweitstimmen – ein Ergebnis, das jedoch immer noch über dem landesweiten Durchschnitt von 0,1 Prozent der Erststimmen und 0,3 Prozent der Zweitstimmen lag. 2012 war es den REP nicht mehr möglich, zur Landtagswahl anzutreten. Zur Bundestagswahl 2013 traten die REP mit Mario Mauritz, damals Schriftführer des NRW-Landesvorstands, als Direktkandidat in der Städteregion an und holten 0,78 Prozent der Erst- und 0,49 Prozent der Zweitstimmen. Bei der Europawahl 2014 kamen die REP in der Städteregion auf 0,5 Prozent. Bei der Landtagswahl 2017 erzielten die REP im Wahlkreis Aachen III 0,13 Prozent der Zweitstimmen (in Alsdorf kamen die REP dabei auf 0,21 Prozent), im Wahlkreis Aachen IV 0,08 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2017, der Europawahl 2019 und den Kommunalwahlen 2020 traten die REP nicht mehr an.

REP-Ortsverbände soll es trotz der Marginalisierung der Partei lange noch in Stolberg und Alsdorf gegeben haben, die Stolberger Ortsgruppe leitete Wolfgang Maskos. Er war 2002 noch für die DVU und die NPD aktiv und fungierte zeitweise als Schriftführer im NRW-Landesvorstand der REP. Andreas Weber, der 2014 für die REP in den Städteregionstag gewählt wurde, verließ Mitte desselben Jahres überraschend seine Partei. Zuvor hatte er als Chef des REP-Kreisverbandes Aachen fungiert und war von Herbst 2011 bis Mai 2012 zudem NRW-Landeschef der REP gewesen. Der bei der Kommunalwahl 2014 gewählte REP-Ratsmann in Alsdorf, Michael W., hatte Anfang 2016 seine Partei verlassen.

Ein Vertreter der AfD und das ehemalige Mitglied der REP, W. (s.o.), haben im Frühjahr 2018 im Stadtrat von Alsdorf die Fraktion „Bürger für Alsdorf“ (BfA) gegründet. Fraktionschef war der AfD-Funktionär und Bundespolizist Markus Matzerath, der Ende 2018 als Kandidat für das Amt des Städteregionsrates (vergleichbar mit dem Amt eines Landrates) antrat und trotz niedriger Wahlbeteiligung nur 6,84 Prozent der Stimmen holte. Besonders gut schnitten Matzerath und die AfD dabei in Alsdorf (13,74 Prozent) und Eschweiler (10,63 Prozent) ab. Anfang 2018 hat der AfD-Verband Städteregion Aachen in Herzogenrath-Kohlscheid einen Vortrag mit Alexander Markovics aus Wien zum Thema „Die Neue Rechte – ein Ausblick auf Europas geistige Zukunft“ veranstaltet. Markovics ist nach eigenen Angaben „Anhänger“ jener intellektuellen Strömung im Rechtsextremismus, er gründete 2012 die erste deutschsprachige Gruppe der „Identitären Bewegung“ (IB) in Wien, 2013 die IB Österreich und war später zeitweise deren Obmann, Leiter der „Theoriegruppe“ und bis 2017 dann Chefredakteur eines Blogs der IB gewesen.

Der AfD-Kreisverband StädteRegion Aachen veranstaltete am 9. April 2019 einen Vortrags- und Diskussionsabend in Alsdorf. Hauptreferent war MdL Martin Vincentz aus Krefeld. Im Vorprogramm durfte eine Vertreterin der extrem rechten Initiative „Widerstand steigt auf!“ diese und ihre Aktionen mit einer Powerpoint-Präsentation vorstellen. Die Aktivistin aus Köln stand der rechtsextremen, vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“ (IB) nahe bzw. nahm selbst an Aktionen der IB-Frauen- und Mädchengruppe „120db“ teil. Vertreter/innen der Miniaturgruppe „Widerstand steigt auf!“ nahmen u.a. auch an rechtsextremen Versammlungen teil.

Derselbe Kreisverband der AfD veranstaltete am 29. September 2019 einen Vortrag mit der Politikerin Doris von Sayn-Wittgenstein. Zuvor war die damalige Landeschefin der AfD Schleswig-Holstein aus der Partei ausgeschlossen worden, weil sie Jahre zuvor einen rechtsextremen Verein – aus dessen Reihen u.a. der Holocaust relativiert und Geschichtsrevisionismus betrieben wird – unterstützt haben sollte. Den Vortrag in Herzogenrath-Kohlscheid sollen rund 50 Mitglieder und Sympathisant/innen besucht haben.

Auffallend bei einzelnen AfD-Vertreter/innen und -Anhänger/innen in der StädteRegion ist, dass sie nicht nur an rechtsradikalen und rassistischen Aufmärschen teilgenommen haben, sondern ebenso über Facebook-Gruppen, -Seiten und -Profilen mit Rechtsextremen und aktiven oder ehemaligen Funktionären von rechtsextremen Parteien und Gruppen verdrahtet sind. Zugleich wird nach Außen hin jedoch betont, man habe mit Rechtsextremismus gar nichts zu tun. Deutlich wurde ein solches Agieren z.B. auf dem Facebook-Profil der Tierschutzbeauftragten der AfD StädteRegion, zugleich Kandidatin bei der Kommunalwahl 2020 in Stolberg.

Bemüht, den Tierschutz propagandistisch zu nutzen, befanden sich auf dem Facebook-Profil der Frau zeitweise zugleich auch menschenverachtende, zuwanderungs- und islamfeindliche Kommentare bis hin zu Mordaufrufen gegen Regierung und Politiker/innen, die man „schächten“ müsse – gepostet alles von „Freunden“ der Frau. Auch in anderen Fällen fielen AfD-Kandidat/innen, AfD-Funktionäre oder lokale Unterstützer/innen im Kommunal- oder Bundestagswahlkampf durch radikale und geschichtsrevisionistische Postings oder Kommentare in den sozialen Medien bzw. durch Kontakten zu „Reichsbürger/innen“ auf.

In Eschweiler machte die AfD vor den Kommunalwahlen 2020 Schlagzeilen, weil in ihrem Programm die Abschaffung und Auflösung von „Mischehen“ gefordert wurde. Nachdem dies bekannt geworden war hieß es vonseiten der Partei, dies sei ein Fehler, der Programmtext habe so nie auf der Homepage publiziert werden sollen. Tatsächlich war der Text dort aber länger abrufbar gewesen und in den sozialen Medien thematisiert worden. Der AfD-Stadtverband Eschweiler konnte bei den Kommunalwahlen 2020 nur 4,09% (967 Stimmen) holen. Offenbar war die Konkurrenz der populistischen Wählerinitiative „Sensibilisierungsgruppe BASIS – Bürger für Eschweiler“ zu groß, die von 1.679 Menschen gewählt wurde (7,10%). Diese ist nun mit vier und die AfD mit zwei Sitzen im Rat vertreten.

Regional gesehen erzielte die AfD bei den Kommunalwahlen 2020 in ihrer Hochburg Alsdorf ihr bestes Ergebnis mit 1.575 Stimmen (9,27%) und vier Sitzen im Rat, die unter anderem zwei Polizisten wahrnehmen sollten. Einer der Beamten verließ jedoch im Februar 2021 die AfD, weswegen die Partei nun noch über drei Mandate verfügt. Kurz nach den Kommunalwahlen 2020 hatten zudem schon in Stolberg zwei neu in den Stadtrat gewählte Mandatsträger, ehemalige Vorstandsfunktionäre und andere Mitglieder die AfD verlassen. Als Hintergrund genannt wurden u.a. Ränkespiele, aber auch die Aufnahme neuer Mitglieder mit zu rechten Ansichten im Kreisverband StädteRegion.

Festzustellen ist im Herbst 2021, dass die AfD im Bereich der Städteregion Aachen Strukturen ausbauen konnte, zugleich aber auch eine Radikalisierung stattfand. Parteimitglieder, die durch radikale Postings in den sozialen Medien auffielen (s.o.), bekleiden Funktionen in unterschiedlichen lokalen Gliederungen. Die Partei selbst publizierte im Bundestagswahlkampf 2021 Stellungnahmen zu den Themen Corona, Schutzmaßnahmen und Impfen, die teils Verschwörungsmythen, Andeutungen oder Fake-News aus den Filterblasen der Verschwörungsideologen transportierten. AfD-Vertreter/innen und -Funktionäre nahmen regelmäßig an Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil, etwa der Multifunktionär und Direktkandidat bei der Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 88 (Altkreis Aachen), Michael Winterich.

Schlagzeilen machte Winterich auch deswegen, weil eine Wahlversammlung zu seiner Nominierung sowie eine anschließende Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen am 8. Mai 2021 laut Zeugen, Einladungen und anderer Belege im Eschweiler Ratssaal stattfanden. Winterich selbst bestritt das und sagte der Lokalzeitung, an jenem Tag habe im Rathaus nur eine Schulung bzw. Fortbildung der Fraktion und keine Parteiveranstaltung stattgefunden. Die Verwaltung befand, derlei Handeln gleiche einem „schweren Vertrauensbruch“, denn der Ratssaal dürfe zwar für Veranstaltungen der Fraktionen, nicht aber für reine Parteiveranstaltungen genutzt werden.

Die DVU war zeitweise in Stolberg aktiv, von 2004 bis 2009 gehörte Rudolf Motter neben zwei Vertretern der NPD dem Stadtrat an. Aktivitäten des Pro NRW-Kreisverbandes Aachen unter der Leitung des Vorsitzenden Wolfgang Palm waren bis ins Jahr 2015 überwiegend in der Stadt Aachen selbst zu verzeichnen. Pro NRW hielt jedoch Mitte September 2013 in Würselen mit rund 35 überwiegend vom Niederrhein und aus Köln angereisten Personen eine Kundgebung gegen den ersten Muezzin-Ruf in der Kleinstadt ab. Zeitweise war im Umfeld von Pro NRW in Aachen eine Aktions- bzw. Autor/innengruppe „PI Aachen“ des islamfeindlichen Blogs „Politically Incorrect“ (PI) aktiv.

Seit April 2013 gehörte der Stolberger Dominik L. dem neu gewählten Pro-Kreisvorstand als Beisitzer an. L. lebte zeitweise in Süddeutschland. Seinerzeit war er bei den REP aktiv und fungierte im März 2006 als Beisitzer des REP-Landesvorstands in Baden-Württemberg. Zurück in Stolberg war der Kleinunternehmer im Klaviergeschäft dadurch aufgefallen, weil er eine Internetseite betrieb, in der teils rassistische und rechtsradikale Inhalte verbreitet wurden. Überdies hatte er offenbar im Jahre 2008 unter dem Spitznamen „Der Stolberger“ und „Stolberger“ in verschiedenen Neonazi-Webforen Kommentare eingestellt.

Am 8. August 2009 beteiligte L. sich an einem NPD-Aufmarsch mit Udo Voigt in Stolberg. L., der über die Jahre sporadisch Kontakte zur örtlichen NPD und Neonazi-Szene pflegte, stellte im Sinne der „Anti-Antifa“-Arbeit noch bis 2010 Filmaufnahmen von Nazigegner/innen ins Internet ein. 2015 verließ L. im Zuge von Macht- und Flügelkämpfen bei Pro NRW die Partei, näherte sich wieder der NPD an, gehört zum Umfeld der rassistischen „Identitären Aktion Aachen und Euregio“ (s.u.) und firmiert zuweilen noch unter dem Label „Klavierfront“ als Szenemusiker. Unterdessen lebt L. nicht mehr in der Region.

In der Aachener Städteregion erzielte Pro NRW bei der Landtagswahl 2010 lediglich 0,8 bzw. 0,9 Prozent, während ihr landesweites Ergebnis bei 1,4 Prozent der Zweitstimmen lag. Bei der Landtagswahl 2012 konnte Pro NRW 1,59 und 1,47 Prozent der Stimmen in den beiden Wahlbezirken erlangen – möglicherweise wurden sie dabei auch von (ehemaligen) REP- und DVU-Wähler/innen gewählt. 0,2 Prozent der Wähler/innen stimmten in der Städteregion bei der Bundestagswahl 2013 für den bundesweiten

Ableger Pro Deutschland. Die Ankündigung von Pro NRW, 2014 bei den Kommunalwahlen für den Städteregionstag in allen Wahlbezirken und mit einer Reserveliste zu kandidieren, konnte nicht umgesetzt werden. Bei der Europawahl 2014 kam Pro NRW in der Städteregion auf 0,53 Prozent. Unterdessen hat Pro NRW sich aufgelöst.

Die „Querdenken“-Partei „dieBasis“ gehört nicht zum rechten Spektrum. Gleichwohl gibt es bei der äußerst heterogenen Partei und der in Teilen von den Verfassungsschutzämtern beobachteten „Querdenken“-Bewegung Bezüge ins rechte Spektrum. Während die Partei bei der Bundestagswahl 2021 im Kreisgebiet auf knapp unter 1 Prozent der Stimmen kam, stach das Ergebnis in Roetgen (2,13%) hervor. Das könnte daran liegen, dass in der Gemeinde mehrere Verschwörungsgläubige, „Reichsbürger/innen“ und QAnon-Anhänger/innen leben bzw. aktiv sind (s.u.), auch mit Bezügen zur rechtsextremen und antisemitischen Szene.

Mit Spannung erwartet worden war das Ergebnis von „dieBasis“ bei der Bundestagswahl 2021 in Eschweiler, denn dort existiert die populistische lokale Wählerinitiative „BASIS – Bürger für Eschweiler“ (s.o.). Obschon sich manche Vertreter/innen der Initiative inhaltlich der „dieBasis“ annähern, sind die lokale Wählergruppe und die Partei nicht identisch. „BASIS – Bürger für Eschweiler“ wurden bei der letzten Kommunalwahl 1.679 Mal gewählt, die AfD wählten 967 Eschweiler/innen (Summe: 2.646). Bei der Bundestagswahl nun wählten 2.583 Menschen in Eschweiler die AfD, die „Querdenken“-Partei „dieBasis“ bekam 273 Stimmen (Summe: 2.856). Der Verdacht liegt daher nahe, dass die Wähler/innen der „BASIS – Bürger für Eschweiler“ aus dem Jahre 2020 bei der Bundestagswahl möglicherweise ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben.

Freie Kameradschaftsszene

Die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) war bis zu ihrem Verbot 2012 in verschiedenen Teilen der Städteregion Aachen aktiv. Es gab dabei zeitweise einzelne, lokal agierende „Sektionen“. Nicht selten waren Mitglieder der KAL auch in anderen Zusammenhängen aktiv, so z.B. in sich als „Autonome Nationalisten“ (AN) bezeichnenden Gruppen. Ebenso bedeutete eine Mitgliedschaft in der Gruppe, die sich dezidiert als „frei“ und „parteiungebunden“ bezeichnete, nicht zwingend, dass ein paralleles Engagement für die NPD ausgeschlossen war.

Die im Jahr 2001 gegründete KAL war eine der ältesten existierenden Kameradschaften in NRW und bis zu ihrem Verbot auch eine der größten und aktivsten Zusammenhänge dieser Art. Sie selbst gab indes an, offiziell erst 2002 gegründet worden zu sein. Wegen ihrer Radikalität, ihres militanten Auftretens und ihrer zelebrierten Nähe zum Nationalsozialismus wurde die KAL am 23. August 2012 durch das Ministerium für Inneres und Kommunales nach dem Vereinsgesetz verboten. Die Polizei ging dabei mit 48 Hausdurchsuchungen gegen 46 mutmaßliche Mitglieder der Struktur vor.

Die meisten der mutmaßlichen KAL-Mitglieder lebten zu diesem Zeitpunkt in Aachen und Stolberg. Dass besonders gefestigte Kader nach dem Verbot dennoch sehr zeitnah auch organisatorisch weiter aktiv blieben, zeigte u.a. das Verbreiten eines Flyers, der zu einer Geburtstagsfeier für eine Seniorin, die bis zum Verbot die Kasse der KAL geführt haben soll, für Anfang Dezember 2012 einlud. Die Rentnerin aus Eschweiler wurde auf dem Flyer, der in seiner Optik und in Textpassagen früheren KAL-Flyern ähnelte, als „Mutter der Kompanie“ bezeichnet. Als Ort für die konspirativ vorbereitete Feier wurde das „Aachener Land“ angegeben.

Anfang 2016 verstarb jene Rentnerin. In einem Nachruf lobte „Syndikat 52“ die „treue Kameradin“ und „Mutter der Kompanie“ sowie deren 18 Jahre langes Engagement in der „Bewegung“. Die „Aktivisten [aus] der Region Aachen“ seien ihre „Familie“ gewesen, hieß es zudem. Alte KAL-Kader und junge Neonazis

haben unter dem Label „Syndikat 52“ (s.o.) neue Strukturen aufgebaut und wildern erneut auch in der Problemfanszene von „Alemannia Aachen“, um aktionsorientierte Hooligans und Jugendliche anzuwerben.

Eine neue, zirka Ende 2011 gegründete Neonazi-Gruppe war die „Kameradschaft Alsdorf Eupen“ (KAE), die u.a. aus ehemaligen Mitgliedern der KAL und rechtsgerichteten Hooligans von Alemannia Aachen und dem AS Eupen bestand. Mitglieder der Gruppe waren wegen Gewalttaten aufgefallen. So hatte Ende Juni 2012 eine selbst in der rechtsextremen Szene aktive Abiturientin „Kameraden“ aus diesem Umfeld und Mitglieder der KAE zu einer Abifeier eingeladen, was infolge von Streitereien und gegenseitigen Provokationen in einer Schlägerei mit Teilen der übrigen Gäste und dem Angriff eines KAE-Mannes auf einen schlichten wollenden Lehrer mündete.

Auffällig war, dass hier Neonazis aus Alsdorf in Deutschland und aus Eupen auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgiens gemeinsam in einer Gruppe aktiv waren. Ein Widerspruch war aber weder das, noch ein Slogan der KAE („Im Kampf für unser Land“), denn die DG gehört der neonazistischen Denkweise nach zum Gebiet des Deutschen Reiches. So gedacht waren die „Kameraden“ aus Eupen „Volksgenossen“. Laut Behörden ist die KAE nicht mehr aktiv, ehemalige Mitglieder schlossen sich zeitweise der „Westfront“ an (siehe unten).

Seit Mitte 2015 war im Raum Aachen eine „Identitäre Aktion“ (IA) bzw. eine „Identitäre Aktion Aachen und Euregio“ aktiv. Auf Facebook-Seiten und mit kleineren Aktionen wollte man Hass gegen Muslim/innen und Asylbewerber/innen schüren. Die IA entstammt der „Identitären Bewegung“, einem europäischen rechtsextremen Netzwerk von „Aktionsgruppen“ und „Aktivisten“. Im Rheinland war die IA geprägt von Personen, die teilweise seit vielen Jahren im rechtsextremen und neonazistischen Spektrum aufgefallen sind, die nun aber als Einzelpersonen oder in Kleinstgruppen vor Ort andere Aktionsformen nutzten.

Die IA oder deren Vertreter haben mehrfach positiv die „Reichsbürger“-Bewegung oder deren Kampf gegen den Staat („BRD GmbH“) dargestellt. Die IA trat sporadisch auch als „Freundeskreis Aachen Euregio“ bei Facebook auf, unterdessen finden Aktionen im Raum Aachen seit Anfang 2017 nicht mehr statt. Ein früherer IA-Aktivist aus Eschweiler ist vom Amtsgericht Eschweiler wegen fahrlässigen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz in Tateinheit mit einem Vergehen nach dem Waffengesetz zu einer Geldstrafe von 500 Euro verurteilt worden.

Die „Ortsgruppe Aachen“ der „Identitären Bewegung“ (IB) wurde rund um den Jahreswechsel 2016/2017 aktiv. Am Aufbau der „Ortsgruppe Aachen“ der IB und deren Aktionen waren u.a. ehemalige Neonazis aus Aachen-Stadt bzw. der Städteregion beteiligt. Nach einer Drogenrazzia in Aachen-Brand, die sich u.a. gegen einen führenden IB-Aktivist richtete, kamen die Aktivitäten der IB im Raum Aachen fast ganz zum Erliegen. Durch einen Umzug eines führenden Aktivisten nach Münster hat sich die IB unterdessen um- und neu strukturiert, einflussreiche Aktivisten lebten zeitweise in Würselen und Stolberg.

In Stolberg trat etwa ein „Identitärer“ als Einzelkämpfer auf und versuchte regelmäßig im Grenzland neue Mitstreiter zu aktivieren, die sich indes oft wieder von ihm abwenden. Der Mann und dessen sporadischen Mitstreiter traten Anfang 2018 unter dem Label „Identitäre Generation“ (IDGen) in Erscheinung. Anfang 2020 wurde bekannt dass dieser Stolberger schon seit längerem Justiz und Staatschutz beschäftigte. Gegen ihn lagen bis dahin über 20 Strafanzeigen/Ermittlungsverfahren und daher auch schon mehrere Anklageschriften vor, überwiegend wegen im Internet bzw. den Sozialen Netzwerken begangenen Propagandadelikten, Beleidigungen und Bedrohungen.

Der Stolberger begleitete im März 2020 zudem den rechten Medienaktivist und Blogger Oliver Flesch, der für den AfD-nahen „Deutschland Kurier“ aus Griechenland berichtete. Kurz nach jener Reise postet der sich als „Identitärer“ inszenierende Stolberger auf VK.com: „Da steht sowieso noch ein Krieg an und ich werde als ehemaliger Elitesoldat [...] in dieses Land einmarschieren und jeden Drecks-Moslem abknallen. Nur ein

toter Moslem ist ein guter Moslem und die Geschichte hat gezeigt, dass wir diese Pest nur loswerden können, wenn wir sie komplett ausrotten. Bewaffnet euch, egal wie und woher.“ Später löschte er dieses Posting wieder, das allerdings früheren Texten und Aussagen des Mannes in Sachen Radikalität glich. Der Rechtsextremist konnte im Frühjahr 2020 untertauchen und entzog sie so vorerst der Justiz.

Im Zuge der verstärkten Diskussion über die „Reichsbürger“-Bewegung wurde Ende 2016 bekannt, dass die Behörden in Alsdorf und Würselen Männer als „Reichsbürger“ einordneten. Diese hatten ihre Personalausweise zurückgeben wollen oder die Löschung aus dem Melderegister beantragt. Im Gerichtsbezirk Aachen – wozu der Raum Aachen, Düren und Heinsberg zählt – fielen in Einzelfällen „Reichsbürger“ auf, die sich gegen Bußgeldverfahren oder Zwangsvollstreckungen wehren wollten. In einem Fall hat ein Gericht zwei Tage Ordnungshaft gegen einen „Reichsbürger“ angeordnet, der ein Gerichtsverhandlung gestört hatte.

Im Dezember 2017 musste die Polizei in Alsdorf zweimal – einmal davon mit einem Spezialeinsatzkommando – gegen einen 34-Jährigen vorgehen, der sich selbst als „Reichsbürger“ bezeichnete. Unter anderem soll der bei den Behörden als gewalttätig geltende Mann andere Menschen mit Schreckschusswaffen bedroht bzw. damit auf diese geschossen haben. Zudem soll er angedroht haben, das Mietshaus zu sprengen, in dem er lebte. Bei dem SEK-Einsatz fanden die Beamten Munition, Schuss- und Hieb Waffen. Darüber hinaus wurden Betäubungsmittel sichergestellt. Sprengstoff wurde keiner aufgefunden.

Mitte 2018 griffen die Lokalmedien das Thema „Reichsbürger“ wieder auf. Für die Städteregion Aachen sprach der Staatsschutz von rund 30 „Reichsbürgern“. Im Großraum Aachen habe man jedoch bei den aktenkundig gewordenen „Reichsbürgern“ keinerlei Überschneidungen mit der rechten Szene feststellen können. Es habe in der Region bis dahin noch keine gravierenden Vorfälle gegeben. Gleichwohl seien einige wenige „Reichsbürger“ im Grenzland als extremistisch einzustufen. Zehn Prozent aller „Reichsbürger“ in der Region gehörten laut Polizei zum harten Kern. Einige seien strafrechtlich gesehen wegen Urkundenfälschung und Bedrohung aufgefallen.

Im September 2019 lebten laut der NRW-Landesregierung in der StädteRegion Aachen insgesamt 32 „Reichsbürger“ bzw. Selbstverwalter (hinzu kommen 19 „Reichsbürger“/Selbstverwalter aus der Aachen-Stadt). Sie wohnten demnach in Alsdorf (3), Baesweiler (4), Eschweiler (11), Herzogenrath (6), Stolberg (4), Würselen (3) und Roetgen (1).

Eine Heilpraktikerin und rechtsesoterische Verschwörungsgläubige aus Roetgen war u.a. Anmelderin der „Gelbwesten“-Proteste gegen die Unterzeichnung des neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22. Januar 2019 in Aachen. Die Kundgebung gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron war im Vorfeld von verschiedenen Aktivisten aus dem rechten und fremdenfeindlichen Spektrum sowie Verschwörungsideologen aus ganz Deutschland mit geplant und mit organisiert worden. An der Demonstration nahmen AfD-Mitglieder, Rassisten, frühere Pro NRW-Mitglieder, Rechtsextremisten und „Reichsbürger“ teil.

Die Roetgenerin machte am bzw. nach dem 29. August 2020 Schlagzeilen, weil sie in Berlin bei Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zur spektakulären Erstürmung der Treppe des Reichstagsgebäudes bzw. des „Reichstages“ aufgerufen hat. In Roetgen ist seit spätestens dem Jahreswechsel 2020/2021 rund um der Heilpraktikerin und ihrem aus Berlin stammenden Lebensgefährten eine kleine Gruppe von „Reichsbürgern“ und QAnon-Anhängern aktiv, u.a. fanden sehr kleine „Spaziergänge“ gegen die Corona-Auflagen statt. Im Juni 2021 stand die bis dahin nicht vorbestrafte Heilpraktikerin dann vor Gericht wegen eines Maskenstreites in einer Postagentur. Der Vorfall wurde vom Amtsgericht Monschau jedoch nach dem Hören von Zeug/innen als Bagatelle angesehen und das Verfahren dann eingestellt.

Musiker aus Aachen bzw. der Städteregeion spielen in der Black Metal-Band „Carpathian Wolves“, die u.a. Tonträger („Seuche Christ“) veröffentlicht hat und auf entsprechenden Konzerten in Deutschland auftritt. Die Musik wird in einschlägigen Kreisen als „heidnischer“ bzw. „nordischer“ Black Metal bezeichnet, in der Außendarstellung und durch Songs wie „Germanien Erwache!“ gleicht die Band aber eher solchen aus dem Genre des „National Socialist Black Metal“ (NSBM). Bandmitglieder, darunter lange auch ein bekennender und in die rechtsextreme Szene vernetzter Neonazi aus Alsdorf, waren zuvor schon in ähnlichen Bands aktiv. Besagter Neonazi umschrieb einst in einem Interview mit einem Szenenportal, dass es textlich bei „Carpathian Wolves“ um „Germanentum, Heidentum und Keltentum“ gehe. Welche „Weltanschauung oder Ideologie wir im Einzelnen haben“ gehe aber niemanden etwas an. Ein anderer Musiker der Band ist durch eine Nähe zur rechtsextremen „Identitären Bewegung“ aufgefallen und war bei der Kommunalwahl 2020 AfD-Kandidat in Aachen. Monate vor den Kommunalwahlen hatte die Band mit einer Stellungnahme auf die Kritik von „bedauernswerte[n] Kreaturen“, „Ratten und Hetzer[n]“ reagiert, die „aus uns eine politische Band [...] machen“ würden. Derlei sei man keineswegs.

Die Bundesanwaltschaft führte im Juli 2020 bundesweit Razzien durch im Zuge von Ermittlungen gegen eine rechtsextremistische und antisemitische Vereinigung. Dabei kooperierten sie mit den niederländischen Behörden, denn einer der Hauptbeschuldigten lebte in Heerlen. Der in der niederländischen Grenzstadt Festgenommene soll die „Goyim Partei Deutschland“ im August 2016 gegründet haben. Der 36-Jährige hat irakische Wurzeln, besitzt aber die deutsche Staatsbürgerschaft und war 1997 von Aachen nach Heerlen umgezogen.

Hinter dem Namen „Goyim Partei Deutschland“ steckte keine reguläre Partei. Vielmehr diente der Namen dazu, sich unter überwiegend deutschen Neonazis, „Reichsbürgern“ und anderen Judenhassern virtuell zu vernetzen und auszutauschen. Eine Homepage der Gruppe war zum Zeitpunkt der Verhaftungen und Razzien nicht mehr erreichbar, eine Plattform im russischen sozialen Netzwerk VK.com diente bis dahin dazu, offen nationalsozialistische sowie aus der NSDAP-Propaganda her bekannte, judenfeindliche Inhalte zu verbreiten. Der langwierige Prozess gegen drei mutmaßliche Vertreter des „Goyim Netzwerks“ begann im Juli 2021 am Oberlandesgericht Düsseldorf.

Aufmärsche/Aktionen/Übergriffe

In den Jahren 2008-2012 fanden in Stolberg mehrere Aufmärsche statt, die von der Teilnehmerzahl her zu den größten Neonaziaktivitäten in NRW und darüber hinaus gezählt werden müssen. Teile der NPD, der KAL, der „Autonomen Nationalisten“ sowie der bundesweit aktive Neonazi Christian Worch (damals: Hamburg) organisierten allein im Jahr 2008 drei Aufmärsche. Anlass hierfür war ein Vorfall, bei dem ein junger Mann zu Tode kam. Der Migrationshintergrund des Täters, der später wegen Totschlags verurteilt wurde, wurde sofort von der Neonazi-Szene aufgegriffen, das Opfer postum zum „Kameraden“ und „Märtyrer“ erklärt. Gegen den Willen der Eltern instrumentalisierten die Neonazis die Tat und führten mehrere „Trauermärsche“ durch, der zweite davon zog mit etwa 800 Teilnehmenden durch Stolberg.

Der damalige Dürener NPD-Kreisvorsitzende Ingo Haller kündigte jährliche Aufmärsche bis in das Jahr 2018 an, wobei später jeweils Anfang April sowohl freitags ein Fackelmarsch wie auch samstags ein „Großaufmarsch“ stattfanden. Im Jahr 2011 folgten am Freitag 150 und am Samstag rund 430 Neonazis dem Aufruf zum „Trauermarsch“. Im Jahr 2012 nahmen an dem Fackelmarsch – der in diesem Jahr jedoch an einem Mittwoch stattfand – rund 60 und am Ostersonntag rund 260 Neonazis teil. Grund für die geringe Teilnahme war eine schlechte Mobilisierung, bedingt durch die Inhaftierung von Mitorganisatoren wie Axel Reitz (Pulheim), Paul Breuer (Köln) und Sven Skoda (Düsseldorf, Bad Neuenahr). Ihnen und anderen Neonazis wurde die Bildung bzw. Unterstützung der kriminellen Vereinigung „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM) vorgeworfen.

Im Jahr 2013 wurden die Aufmärsche in Stolberg erstmals seit ihrem 5-jährigen Bestehen durch die Polizei verboten. Sie galten demnach als Fortführung von Aktivitäten der KAL und verstießen so gegen das Verbot,

hieß es zur Begründung. Trotz der Ankündigung, 2014 wieder aufmarschieren zu wollen, fand in diesem Jahr keine Demonstration in Stolberg, sondern Ende März 2014 ein ähnlich ausgerichteter Aufmarsch in Aachen statt. In diesem Zusammenhang teilten die Neonazis mit, dass man künftig im April in Stolberg nicht mehr aufmarschieren wolle.

Interessant ist bei der Aufmarschserie rückblickend, dass die zahlenmäßig große Präsenz der letzten Jahre keinerlei messbare positive Auswirkungen auf das NPD-Wahlergebnis bei den vergangenen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen hatte. Demgegenüber schienen rechtsaffine Jugendliche aus der Region sich von den größeren Aufmärschen als „Event“ angezogen zu fühlen und suchten auch deswegen Kontakte zu organisierten Neonazis. Die Mobilisierung zu den Aufmärschen wurde in der Region begleitet von umfangreichen Aufkleber- und Sprhaktionen.

Seitens der extremen Rechten kommt es immer wieder zu Straf- und Gewalttaten. Im Umfeld des Rurseefestes in Simmerath-Rurberg kam es im Juli 2010 vor einer Diskothek zu Schlägereien zwischen KAL-Mitgliedern und anderen Gästen. Das Rurseefest war bereits in den vorangegangenen Jahren durch die Präsenz der KAL geprägt und es kam zu bergriffen durch die Neonazis. Im Jahr 2008 schlug ein führendes Mitglied der KAL einen Polizisten nieder, der privat an dem Fest teilnahm. Der Neonazi, ein führender Kader der KAL aus Düren, wurde deswegen 2011 in zwei Instanzen wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Im Zuge des Berufungsverfahrens war der Neonazi im November 2011 zudem wegen „Wiederholungsgefahr“ in Untersuchungshaft genommen worden, weil er im Verdacht stand, weitere Straftaten begangen zu haben.

Umfangreiche und teils großflächige Aufkleber- und Sprhaktionen durch Neonazis fanden in der Region zu den Aufmärschen in Stolberg, im Bereich verschiedener Schulen oder im zeitlichen und räumlichen Umfeld von Treffen und Festen gegen Rechts bzw. für Integration statt. ber Jahre kam es zu solchen Aktionen, besonders in den Städten Herzogenrath, Alsdorf, Eschweiler und Stolberg sowie zeitweise im Bereich der Nordeifel. Im Kommunalwahlkampf 2009 sprühte die KAL Schmhparolen und Morddrohungen gegen den Bürgermeister(-kandidaten) der SPD. 2011 kam es besonders in Stolberg zu massiven Aufkleber- und Sprhaktionen mit rechten Parolen und Symbolen, auch an Schulen. Auch gab es rund um den 20. April („Führers Geburtstag“) Sprhaktionen der KAL, in denen Adolf Hitler gehuldigt bzw. ihm „gratuliert“ wurde. Mit ähnlichen Aktionen wurde auch wiederholt der ehemalige Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß geehrt.

Neonazis veranstalten im Aachener Umland auch Treffen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollen und die konspirativ vorbereitet werden. Neben „Erntedankfestfeiern“, „Führer-Geburtstagen“ bzw. „Julfesten“ hatte sich zeitweise mit dem „Schlagetertreffen“ ein weiterer Termin etabliert, an dem der nationalsozialistischen Mrtyrerfigur Albert Leo Schlageter gedacht wurde. Zu diesen Treffen, die seit 2005 jährlich Mitte bis Ende Mai unter dem Motto „Tag des nationalen Widerstandes“ im Raum Aachen und Düren stattfanden, reisten auch Neonazis aus ganz Europa an. Seit 2012 fanden solche Treffen in der Region jedoch nicht mehr statt.

Am 16. November 2012 trat die rechtslastige Hooligan-Band „Kategorie C“ (KC) aus Bremen im niederländischen Kerkrade auf. Sie umging dabei ein drohendes Konzert-Verbot, indem der Auftritt nur wenige Meter hinter der deutsch-niederländischen Grenze stattfand. berwiegend konspirativ vorbereitet hatte das Konzert der Band die Hooligan-Gruppe „Westwall Aachen“ im Rahmen einer „Jahresabschlussfeier“. Tage vor dem Auftritt waren diese Pläne durchgesickert. Die Polizei hatte zuvor mit allen Kommunen der Städteregion Aachen rechtliche Möglichkeiten geprüft, das Konzert in der Region zu verbieten. Ordnungsverfügungen der deutschen Kommunen waren hierzu vorbereitet worden. Auf das Konzert in den Niederlanden, wenn auch nur wenige Meter neben der Grenze, hatte das jedoch keine Auswirkungen. Ähnliche Konzerte von KC wiederholten sich dank der organisatorischen Hilfe durch die Aachener Hooligan-Szene im belgischen Grenzland, so im August 2014 in Eynatten, im Dezember 2014 in Montzen und im April 2015 südwestlich von Eupen in Jalhay.

Ein für den „Raum Aachen“ angekündigtes, konspirativ vorbereitetes Konzert von KC mit dem neonazistischen HipHoper „Makss Damage“ fand am 20. Februar 2016 im belgischen Burnenville nahe Malmedy statt. Während KC das Konzert ohne Angaben bewarben, wer der örtliche Veranstalter war, waren szenenintern Flyer verbreitet worden, auf denen als Organisator für das Konzert die indirekte KAL-Nachfolgeorganisation „Syndikat 52“ genannt wurde. Neonazis verbreiteten zudem die vage Information, dass am 23. April 2016 ein „Balladenabend in der Region Aachen“ stattgefunden haben soll.

Ein Neonazi aus dem Raum Aachen, Timm M., tritt sporadisch als Liedermacher und Musiker auf oder unterstützte neonazistische Musikprojekte, etwa als Mitproduzent der HipHop-Songs von „Makss Damage“ (Gütersloh), der Ende 2014 in Aachen zudem ein Musikvideo aufnahm. „Makss Damage“ wurde zudem durch Gastmusiker und -sänger aus der Region unterstützt. So soll „Teiwaz“ an Songs mitgewirkt haben; M. unter dem Label „Nordic Walker“ und ein weiterer Neonazi als „Hackepeter“ (Schreibweise variiert) haben 2016 bei Auftritten in Thüringen und der Schweiz als Gastsänger fungiert. Beide sind ehemalige Mitglieder der KAL. U.a. gegen Timm M. fand Mitte 2017 ein Polizeieinsatz in Aachen-Brand statt. Er und zwei andere Rechtsextremisten wurden Anfang 2019 vom Landgericht Aachen wegen des Handels mit Betäubungsmitteln oder Beihilfe dazu zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt. M. war im Jahr 2021 einer der Beschuldigten in einem neuen Verfahren gegen die „Turonen“ in Thüringen, dabei ging es neben Verwicklungen in den Waffenhandel und ins Rotlichtmilieu abermals um den Handel mit Drogen.

In der Hooligan-Gruppe „Westwall Aachen“ und deren Umfeld waren sowohl Migranten, aber auch aktive und ehemalige Neonazis aktiv. Bis Januar 2015 trat dieselbe Klientel auch als „Westfront Aachen“ in Erscheinung, die Polizei bezeichnete „Westfront Aachen“ anfangs als rockerähnliche Vereinigung bzw. „Streetgang“, später sprach sie nur noch von einer „Hooligan-Gruppierung“. Die „Westfront“ war auch im belgischen Eupen aktiv und bestand dort überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der „Kameradschaft Alsdorf Eupen“ (KAE) (s.o.).

Die „Westfront“ hat sich zwar Anfang 2015 aufgelöst, jedoch stellte die nordrhein-westfälische Landesregierung im Herbst 2015 fest, dass der „Westfront“-Ableger im belgischen Eupen mit Sitz in der Gemeinde Kelmis zu diesem Zeitpunkt weiterhin aktiv gewesen sei. Demnach firmierte der Ableger als eine Supporter-Vereinigung bzw. als Ableger der „Bandidos“, auch Teile der ehemaligen Mitglieder aus dem Raum Aachen sollen darin organisiert gewesen sein. Ende 2016 soll sich auch diese Gruppe teilweise aufgelöst haben. Im Revierkampf zwischen „Hells Angels Turkey“ und den „Bandidos“ in Aachen hatte die Polizei im Herbst 2015 zudem mitgeteilt, dass bei letzteren besagte Hooligans und Rechtsextreme mitmischten. Es ging dabei jedoch insgesamt „um Gebietsansprüche und nicht um Ideologie“, denn die entsprechenden Personen würden sich aus unterschiedlichen Gründen „in den verschiedensten Szenen tummeln.“

Als Hintergrund jenes Revierkampfes wurden seinerzeit laut Lokalpresse Drogenhandel und Prostitution vermutet. Im März 2018 begann vor dem Landgericht Aachen ein Prozess gegen zwei Personen aus Herzogenrath und Würselen aus diesen Zusammenhängen, die junge Frauen und Mädchen in die Prostitution gezwungen oder Beihilfe dazu geleistet haben sollen. Beide Angeklagten hatten zeitweise Bezüge zur rechtsextremen Szene sowie dem Spektrum der Aachener Hooligans, der Rocker- und zur Türsteher-Szene. Der Hauptangeklagte aus Herzogenrath, der zugleich weitere Kontakte in die rechtsextreme Szene unterhielt, soll laut Anklageschrift seit 2011 Frauen, denen er teilweise Liebesbeziehungen vortäuschte, in die Prostitution gedrängt oder vermittelt haben. Der zeitweise bei den „Bandidos“ aktive Herzogenrather wurde in erster Instanz im Herbst 2018 deswegen in zwei der angeklagten Fälle und wegen des unerlaubten Besitzes einer scharfen Schusswaffe zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Der Mitangeklagte wurde wegen Erpressung in zwei Fällen auf Bewährung verurteilt. Der Herzogenrather wurde Mitte 2019 jedoch wieder zeitweise in U-Haft genommen. Er steht im Verdacht nach dem Finalspiel um den Mittelrheinpokal gegen Fortuna Köln – Alemannia Aachen gewann das Spiel – kurz vor dem Platzsturm der Fans einen Ordner schwer verletzt zu haben. Ein entsprechender Prozess steht aus.

Am 2. November 2013 fand eine Versammlung von prominenten und zum Teil vorbestraften Holocaust-Leugnern auf Einladung einer Vereinigung rechtsextremer Russlanddeutscher in Stolberg statt. Die „Russlanddeutschen Konservativen“ hatten unter dem Vorwand, ein Familienfest feiern zu wollen, die Bürgerhalle im Dorf Venwegen angemietet. Anwesend waren bei der 3. Jahrestagung besagter Gruppe unter anderem die einschlägig verurteilten Holocaust-Leugner/in Ursula Haverbeck aus Westfalen und Ernst Zündel. Stargast war Alexander Kamkin aus Moskau, der in Deutschland mehrfach als Referent in NPD-Zusammenhängen auftrat. Ebenso anwesend waren Aktivisten der „Europäischen Aktion“ (EA), ein Verbund von Holocaust-Leugnern aus Europa.

Im März 2013 verurteilte das Amtsgericht Aachen ein aus Alsdorf stammendes Pärchen, das im August 2012 auf dem Parkplatz vor dem Schulzentrum in Herzogenrath zwei türkischstämmige Frauen zusammengeschlagen und schwer verletzt hatte. Ein 33-Jähriger wurde zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Dessen 25-jährige Freundin wurde zu zehn Monaten Haft verurteilt, die jedoch unter Auflagen – 150 Sozialstunden – zur Bewährung ausgesetzt wurden. Vorangegangen waren der Tat rassistische Beleidigungen, insbesondere durch die Frau. Das Paar gehörte nicht der Neonazi-Szene an, insbesondere die junge Frau vertrat seinerzeit aber rassistische Ansichten. Obschon sie wusste, dass die Anwälte der Opfer ihr öffentlich zugängliches Facebook-Profil lasen, kommentierte sie das Urteil mit den Worten, das „verlogene Volk“ [sic!] habe in dem Prozess Recht zugesprochen bekommen.

Im Raum Aachen und der Voreifel kam es im Frühjahr 2014 zu einer Serie von Hakenkreuz-Sprühereien auf Verkehrsschildern an Landstraßen. Im April nahm die Polizei deswegen einen 26-jährigen aus Stolberg fest. Dieser war laut Ermittler auch verantwortlich für Öl-Anschläge in Kurven, die vor allem Motorradfahrer treffen sollten. Laut Urteil des Aachener Schwurgerichtes hatten die Taten keinen rechtsextremen Hintergrund. Vielmehr sei der Mann aus Stolberg psychisch krank gewesen. Aufgrund von Gutachten und des Urteils im Oktober 2014 wurde der Täter in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

Wegen rassistischer und rechtsextremer Postings suspendierte die Polizei in Aachen im Herbst 2014 zwei Polizeianwärter aus dem Raum Aachen im Alter von 19 und 22 Jahren. Gegen andere Teilnehmer/innen der Ausbildungsgruppe wurden disziplinarrechtliche Maßnahmen eingeleitet. Anlass war ein verbales und virtuelles, rassistisches Mobbing sowie das Verbreiten rechtsextremer Inhalte in sozialen Medien. Beide Personen waren laut Polizei bisher weder in organisierten Strukturen der rechten Szene aufgefallen, noch hatten sie nach Polizeierkenntnissen einschlägige Veranstaltungen besucht. Das Mobbing und die Postings fanden über Monate in einer Gruppe von 32 Polizeianwärter/innen aus Aachen, Köln und Bonn an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln statt.

Im Dezember 2016 kam es in einem Linienbus in Baesweiler zu einem Streit, in dessen Folge ein 39-Jähriger einen türkischstämmigen Mann attackierte und verletzte. Auslöser war u.a. das laute Abspielen von rechtsradikaler Musik auf einem Handy. Später zückte der 39-Jährige ein Messer, drohte damit und schlug auf den Migranten so heftig ein, dass dieser gegen eine Glasscheibe fiel und diese zu Bruch ging. Am Boden liegend wurde auf das Opfer eingetreten. Als Fahrgäste einschreiten wollten, sprühte eine Begleiterin des Täters mit Pfefferspray und verletzte eine 15-Jährige. Der 39-jährige polizeibekannt Mann aus Baesweiler wurde in Untersuchungshaft genommen.

Im Juli 2017 stoppte die Polizei bei einer allgemeinen Verkehrskontrolle einen Autofahrer aus Alsdorf, der unter Alkohol- und Drogeneinfluss stand und keinen gültigen Führerschein vorweisen konnte. Er hatte neben einem Eisernen Kreuz zudem SS-Runen im Gesicht tätowiert. Mitte 2017 beschmierten Unbekannte die Turnhalle einer Schule in Monschau u.a. mit beleidigenden Sprüchen gegen den Schulleiter und Kürzeln sowie Parolen, die aus der neonazistischen und Hooligan-Szene her bekannt sind. Die Polizei ermittelte daraufhin wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Im September 2017 attackierte ein 40-jähriger Mann einen 19-jährigen Dunkelhäutigen aus Eschweiler mit einer Eisenstange und beschimpfte das Opfer rassistisch. Zuvor hatte der seinerzeit Obdachlose die minderjährige Schwester des 19-Jährigen beleidigt und bedroht. Der Schläger gab gegenüber der Polizei als Grund für sein aggressives und brutales Verhalten an, dass er „solche Typen nicht mag“ und der Heranwachsende „Glück gehabt“ habe. Das Opfer könne „froh sein“, dass der 40-Jährige es „nicht totgeschlagen“ habe.

Vertreter/innen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen intensivierten im zweiten Halbjahr 2015 angesichts des Themas Asyl und des radikalislamischen Terrors ihre rassistischen, islam- und asylfeindlichen Aktivitäten. So kam es in Eschweiler, Alsdorf und Aachen zu entsprechenden, nicht bei der Polizei angemeldeten Mini-Kundgebungen der „Identitären Aktion“ (IA, s.o.) vor Moscheen und islamischen Kulturvereinen. Zudem kam es vonseiten der rechtsextremen Szene zu Flugblatt-Aktionen sowie zu zahlreichen Berichten und Polemiken mit teils lokalem Bezug via Internet. In mindestens einem Fall gibt es Hinweise darauf, dass bis zu diesem Zeitpunkt nicht als Rechtsextremisten aufgefallene Jugendliche 2015 im Umfeld einer Asylunterkunft zündelten, wobei jedoch völlig unklar blieb, ob dies wirklich einen rassistischen Hintergrund hatte. Im November 2015 verklebten Unbekannte an einem von Asylsuchenden bewohnten Haus in Alsdorf Türschlösser und Briefkästen mit Klebstoff.

Es wurden – teils von Unbekannten – auch Briefe mit rassistischen und bedrohlichen Inhalten an Lokalpolitiker/innen, Behörden oder Menschen und Ehrenamtler/innen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren verschickt, etwa in Eschweiler und Würselen. 2016 wurde zudem das Wahlkreisbüro des SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Kämmerling in Eschweiler mit Neonazi-Plakaten und -Pamphleten beklebt; in Würselen gab es Schmierereien gegen das Haus und Wohnumfeld des damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD); in Alsdorf kam es zu Nazi-Schmierereien gegen den Bürgermeister Alfred Sonders (SPD) in einem Park. Nach einem öffentlichen Spendenaufrufen und der Ankündigung einer Weihnachtsfeier für Geflüchtete Ende 2019 in Simmerath wurde der „Arbeitskreis Langschoss“ Ziel eines rechtsextremen Shitstorms. Auslöser dafür war eine vorangegangene Polemik auf einer rechtsextremen Hetzseite inklusive des Aufrufes, den „Arbeitskreis“ anzuschreiben.

Im Juli 2016 besprühten Unbekannte am Vereinsheim des SC Komet Steckenborn in Simmerath einen im Wappen enthaltenen Davidstern mit einem Hakenkreuz. Im Juli 2016 kam es zu einer anonymen Bombendrohung gegen eine in einem ehemaligen Hotelkomplex untergebrachte Asylunterkunft in Simmerath-Einruhr. In Baesweiler gab es im November 2016 einen bisher noch nicht aufgeklärten Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber. Zwar stand die Turnhalle schon längere Zeit leer, sie war aber bis zum Brand als Notunterkunft vorgehalten worden, falls erneut Räumlichkeiten für Geflüchtete fehlen würden.

Die Pfarrkirche der Gemeinde St. Willibrord in Herzogenrath-Merkstein war 2015 mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht worden. Laut Pfarrei gab es zuvor einen Protestmarsch, den die Pfarrei und die muslimische Gemeinde gemeinsam gegen den wachsenden Rassismus initiiert hatten. Die Gemeinde sah zwischen der Demonstration und den Schmierereien einen unmittelbaren Zusammenhang. Im Januar 2018 wurde in der Innenstadt von Herzogenrath ein von Migranten betriebenes Restaurant mit großen Hakenkreuzen beschmiert.

Abiturient/innen einer Schule in Herzogenrath wollten 2020 – vor Beginn der Coronakrise – als Motto für ihre Abfeier das Thema „Abisemitismus – 12 Jahre Unterdrückung sind genug“ nutzen. Dies führte zu Irritationen und wurde letztlich gestoppt. Im Herbst 2019 hat das Eschweiler Amtsgericht einen jungen Mann wegen Volksverhetzung verurteilt, weil er ein Bild von Adolf Hitler samt Juden-verachtendem Spruch bei WhatsApp hochgeladen hatte. Rechtsradikal sei er aber nicht, hatte der 21-Jährige in dem Prozess betont, er habe bloß lustig sein wollen.

Im April 2020 besprühten Unbekannte ein griechisches Restaurant in Würselen mit Hakenkreuzen. Im Oktober 2020 beleidigte und schlug eine Seniorin in Eschweiler in einem Baumarkt eine „verschleierte Frau“ (Polizeibericht) offenbar aus islamfeindlichen Motiven. Im Januar 2021 stahlen Unbekannte in Herzogenrath-Kohlscheid drei Stolpersteine, die an Opfer im Nationalsozialismus erinnerten. Im April 2021 wurde in Würselen ebenso ein Stolperstein bzw. eine in den Bürgersteig eingelassene Gedenktafel gestohlen, bald darauf aber bei der Polizei abgeben und konnte daher erneut verlegt werden. Ende Januar 2021 traten bzw. zogen Unbekannte in den Schnee auf dem Kunstrasenplatz des FC Roetgen 1913 ein großflächiges Hakenkreuz, das sich fast über die gesamte Breite des Fußballplatzes erstreckte.

Das Landgericht Aachen verurteilte am 30. November 2020 einen 63-Jährigen aus Herzogenrath in zwei Fällen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 12.000 Euro. Der Mann hatte in einer Vielzahl von Postings und Kommentaren im sozialen Netzwerk Facebook vorwiegend gegen männliche Migranten und Geflüchtete sowie Politiker/innen gewettert. Allerdings wurden nur zwei der Postings gerichtlich geahndet, andere Fälle waren nicht zur Anklage gekommen oder so verfasst, dass sie unterschiedlich zu interpretieren waren und daher eine strafrechtliche Relevanz nicht bestand oder nur sehr schwer nachzuweisen gewesen wäre.

Der Mann war in den 1990er Jahren nach eigenen Angaben Mitglied im Stadtrat von Herzogenrath für die Grünen. Er will sich in der Friedens-, Anti-Atomkraft- und Umweltbewegung engagiert haben. Von den Grünen sei er dann zur ÖDP gewechselt. Allerdings änderte sich dann seine politische Gesinnung immer mehr und er bewegte sich in den letzten Jahren politisch sowohl im Umfeld von „Pro NRW“ als auch jenem der AfD.

Aufgerufen hatte der Herzogenrather zwischen Dezember 2016 und Januar 2017 in einer Vielzahl von Postings und Kommentaren etwa dazu, Widerstand zu leisten und sich zu bewaffnen. Die Bürger müssten sich selbst schützen und verteidigen. Migrant/innen hatte er als „minderwertige Bastarde“, „kriminelle Neger“, „Sozialschmarotzer“ und „Untermenschen“ bezeichnet. Der Zuzug von Migrant/innen und Asylbewerber/innen sei eine „Umvolkung“ und dubiose Kreise würden so eine „hellbraune Mischrasse“ in Deutschland herstellen wollen. Zugleich hatte er gegen die „Lügenmedien“ und gegen die „Judenparteien“ geschimpft.

Heterogener als in vielen anderen Regionen fielen 2020 die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Aachen aus, die jedoch teils maßgeblich von Personen aus der Städtereion (u.a. Würselen) mit organisiert wurden. Abgesehen von einer Kundgebung der AfD im Mai waren die andauernden größeren Proteste in Aachen aus dem eher linken, friedensbewegten (und Querfront-offenen) Spektrum organisiert worden. Gleichwohl nahmen an den Protesten zuweilen Personen aus dem rechten, rechtsextremen und antisemitischen Spektrum oder der „Reichsbürger“-Szene teil. An einer nicht genehmigten Versammlung am 9. Mai 2020 nahmen z.B. auch Rechte und QAnon-Gläubige teil; eine regulär genehmigte Mahnwache der „Seebrücke“ wurde dabei massiv bedrängt und musste sich zurückziehen.

Im Zuge von Umstrukturierungen wurden ab Spätsommer 2020 bei den Demonstrationen in Aachen-Stadt auch Personen und „Corona Rebellen“ aus dem rechten bzw. rechtsoffenen Spektrum unter den Organisatoren aktiver. Im September 2020 bedrängte ein Teilnehmer einen Journalisten und verletzte diesen leicht an der Nase. Der Esoteriker, aktiv unter „Querdenken“ bzw. „Corona Rebellen“, begründete die Tat damit, er habe lediglich verhindern wollen in der Berichterstattung als Rechtsradikaler dargestellt zu werden. Die Bundesregierung zählte das Delikt zu den sich häufenden Angriffen auf Journalisten während der Proteste gegen die Maßnahmen, konnte die Tat und den Mann jedoch mangels behördlicher Vorerkenntnissen keinem politischen Spektrum zuordnen.

Organisiert wurden die zuweilen wöchentlichen Proteste gegen die Maßnahmen von dem verschwörungsideologischen Bündnis „Aachener für eine menschliche Zukunft“ rund um ein Ehepaar aus Würselen, von „Querdenken 241“ und später auch von einer lockeren Gruppe namens „Stoppt den

Lockdown!“ mit Personen aus Aachen und Stolberg. Zunehmend wurden dabei auch rechtsoffene Personen aktiv, nahmen abermals Rechtsextreme und „Reichsbürger“ sowie Abordnungen der AfD teil, bis hin zu Parteifunktionären und Mandatsträgern aus Stolberg, Baesweiler, Würselen und Eschweiler. Als am 20. Oktober drei Köpfe der „Querdenken“-Bewegung mit ihrer „Corona-Info-Tour“ in Aachen stoppten – darunter Bodo Schiffmann –, hielt im Rahmen der Kundgebung auch der Rechtsextremist Dieter B. eine Rede.

B. war bis zum Spätsommer 2020 noch der Kopf der NRW-Abordnung der rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Splittergruppe „Patriotic Opposition Europe“. Unterdessen tritt er als Kopf von „Klartext 20/21“ auf. Diese Splittergruppe gilt als Sammelbecken für zuvor irrlichternde Einzelprotagonisten aus der Szene der Rechtsextremen, „Reichsbürger“ und zuwanderungsfeindlicher „Wutbürger“ aus dem Raum Aachen/Düren, Düsseldorf und Duisburg. Am 2. Januar 2021 sprach in Aachen der AfD-nahe, rechte und verschwörungsideologische Medienaktivist Thorsten „Silberjunge“ Schulte aus Hamm. Auf einer Kundgebung am 20. Februar 2021 trat der rechtsextreme „Reichsbürger“ Sascha V. alias Rapper „Master Spitter“ aus Jüchen (Rhein Kreis Neuss) in Aachen auf.

Der Ökonom und Fondsmanager Max Otte, bis Anfang Januar 2021 noch Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), trat im April neben „Querdenken“-Gründer Michael Ballweg bei einer größeren Kundgebung von „Querdenken 241“ in Aachen als Musiker und Redner auf. Otte wurde im Mai 2021 dann zum Bundesvorsitzenden der CDU-nahen, äußerst rechten „Werteunion“ gewählt. Schon zuvor hatte Otte mehrere Bezüge ins Rechtsaußen-Spektrum.

Traten in der Vergangenheit Neonazi-Gruppen und „Kameradschaften“ aus dem Rheinland bei Aufmärschen in ganz Deutschland gelegentlich mit eigenen Transparenten oder „Blöcken“ in Erscheinung, änderte sich dies im Jahre 2011. Bis zur Gründung der Partei „Die Rechte“ traten diese Gruppierungen bei Aufmärschen außerhalb des Rheinlandes nicht mehr als Einzelgruppen auf, sondern meist gemeinsam hinter einem „Rheinland“-Banner und teilweise in einheitlich weißem „Rheinland“-T-Shirt. Damit einhergegangen sein soll auch der interne Auf- und Ausbau der Vernetzung zwischen „Kameradschaften“, „Aktionsgruppen“ oder „Aktionsbüros“, Projekten und wichtigen Einzelpersonen aus dem Rheinland und vom Niederrhein.

Nach der Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM), der Inhaftierung verschiedener Führungskader und dem Rückzug des (ehemaligen) Neonazis Axel Reitz aus Pulheim ist diese „Rheinland-Vernetzung“ indes ins Stocken geraten. Seit geraumer Zeit bilden allerdings Neonazis aus dem Rheinland bei größeren Aufmärschen außerhalb der Region sporadisch wieder einen kleinen „Rheinland-Block“. Bei einem Aufmarsch zu Ehren des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im August 2018 in Berlin fiel jener „Block“ – darunter auch Neonazis aus der Städtereion – u.a. mit antisemitischen Parolen auf. So hat der „Rheinland-Block“ bei diesem Heß-Gedenkmarsch 2018 auch den Gesang angestimmt: „Wo man Juden deportiert, da ist das Rheinland, schalalalala...“

Von der Hochwasserkatastrophe 2021 waren im Kreisgebiet Stolberg und Eschweiler sowie Teile Roetgens besonders schwer von Zerstörungen betroffen. Vereinzelt haben Personen und Gruppen aus dem rechten Spektrum und der AfD sich bei Hilfsprojekten engagiert, andere waren selbst vom Hochwasser betroffen. Neonazis von „Die Rechte“ wollen einmal bei Aufräumarbeiten in Stolberg geholfen haben, was sie mittels eines Beitrags im Internet zu demokratiefeindlicher Propaganda nutzten. Auch wenige „Querdenker“, „Reichsbürger“, Verschwörungsgläubige und QAnon-Anhänger waren zeitweise aktiv, erregten gleichwohl – anders als etwa in Bad Neuenahr-Ahrweiler – überwiegend kein Aufsehen.